

# Resolution zum Thema „Wouhi steiert Lëtzebuerg“ vom Kongress 2012 des Mouvement Ecologique

---

Luxemburg steht, ähnlich wie andere Länder, vor gewaltigen Herausforderungen betreffend die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft, die u.a. den nächsten Generationen eine ihren Bedürfnissen entsprechende Lebensqualität gewährleistet.

## Der Kongress des Mouvement Ecologique stellt fest, dass:

- Luxemburg nach wie vor an der Illusion eines jährlichen wirtschaftlichen Wachstums von min. 3% als Ziel festhält, wobei ein derartiges Wachstum de facto zu einer Verdoppelung des Bruttosozialproduktes innerhalb von 20 Jahren führt und unweigerlich mit einer Steigerung des Ressourcen- und Energieverbrauchs verbunden wäre. Damit verbunden wäre zudem eine erhebliche weitere kontinuierliche Zunahme der Bevölkerung sowie eine jährliche Zunahme der Arbeitsplätze von mindestens 1,5 %. Gemäß dem sektoriellen Plan für Aktivitätszonen würde die Bevölkerung auf 700.000 EinwohnerInnen bis 2030 steigen (Steigerung um 40%) und die Anzahl der Arbeitsplätze von 345.000 auf 565.000 (Steigerung 60%).
- diese Wachstumsorientierung jedoch den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung zuwiderläuft: unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten, auf welchem Verteilungsgerechtigkeit herrschen soll, ist schlichtweg nicht machbar;
- die Zersiedlung der Landschaft ebenso wie der Arten- und Biotopverlust in Luxemburg, laut wissenschaftlichen Studien, bedenkliche Ausmasse angenommen haben; verantwortlich hierfür steht neben dem Wachstumsdruck auch eine unzureichende Landesplanungs- sowie Naturschutzpolitik;
- im Mobilitätsbereich noch immer keine entscheidende Weichenstellung im Sinne des öffentlichen Transportes sowie der sanften Mobilität erfolgt ist und die Mobilitätsplanung nach wie vor ohne Einbindung der BürgerInnen stattfindet;
- Luxemburg, trotz Klimapartnerschaft, keine kohärente Strategie zum Klimaschutz, zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien verfolgt und hiermit auch erhebliche wirtschaftliche Chancen verpasst werden, trotz Wissens der Endlichkeit der heutigen Energieressourcen für Luxemburg auch immer noch keine Energiestrategie vorliegt;
- grundsätzliche zentrale Zukunftsthemen in der politischen Debatte allzu sehr ausgeblendet werden.

Diese Defizite in der Luxemburger Politikgestaltung sind immer mehr BürgerInnen, Akteuren der Zivilgesellschaft, Vertretern von Institutionen und politischen Akteuren bewusst. Allerdings fehlt es bis dato an der notwendigen gesellschaftlichen und politischen Dynamik, um diese so herausragenden Fragestellungen für die Entwicklung Luxemburgs konsequent anzugehen. Das heutige Gesellschaftsmodell stellt somit eine schwere Hypothek für die kommenden Generationen dar. Zugleich ist unser Gesellschaftsmodell auch in Luxemburg mit sehr hohen Ungerechtigkeiten zwischen Reich und Arm verbunden; soziale Ungerechtigkeiten, die sich eher weiter verschärfen als abgebaut werden.

**Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass Lebensqualität, Zufriedenheit und Wohlstand auch zentral dadurch geprägt werden, ob es einer Gesellschaft gelingt einen Diskurs über die gesellschaftlichen Werte zu führen sowie sehr konkrete Schritte im Sinner einer nachhaltigen Entwicklung in die Wege zu leiten. Der Kongress erwartet entsprechend folgende konkrete Schritte seitens der Politik:**

- Es gilt die Wachstumslogik endlich weitaus kritischer zu hinterfragen, an einem neuen Wirtschafts- und Sozialmodell Luxemburg zu arbeiten, wobei auch über alternative Finanzierungsmodelle des Sozialsystems offen diskutiert werden müsste. Dazu zählt ebenfalls eine stärkere Besteuerung des Kapitals und des Verbrauches natürlicher Ressourcen.
- Rolle der Politik, aber auch der Medien und anderer Akteure muss sein, wieder das Wohlbefinden der Menschen sowie die soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen, statt des Wachstums- und Konsumzwanges. Hierzu gehört auch ein Diskurs über Werte in einer Gesellschaft, über ein alternatives Bruttosozialprodukt, die Förderung neuer gesellschaftlicher Projekte (wie z.B. des Konzeptes der „transition towns“, die bewusst Ideen von BürgerInnen aufgreifen).
- Es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft, aber auch der Politik, positive Zukunftsvisionen für ein nachhaltiges Luxemburg zu entwickeln: Das Aufzeigen machbarer Zukunftswege hilft einerseits Ängste abzubauen und Energien freizusetzen, um sich den drängenden Fragen zu stellen und machbare Alternativen zu finden.
- Die Ziele der Landesplanung müssen zudem als zentrales Element der Politikgestaltung anerkannt werden, dies im Besonderen, was die Nutzung des begrenzten Raumes unseres Landes anbelangt.  
Zur Eindämmung der Spekulation und stärkerer Eingriffsrechte für den Staat ist die kurzfristige Verabschiedung des neuen Landesplanungsgesetzes notwendig. Eine Harmonisierung *auf regionaler Ebene* der sektoriellen Pläne (Landschaftsschutz, Wohnungsbau, Aktivitätszonen und Mobilität) und der kommunalen Flächennutzungspläne ist ebenso wichtig wie der Respekt durch die Regierung selbst der Entwürfe der sektoriellen Pläne.
- Priorität in der Wohnungsbaupolitik muss, statt der derzeit geplanten Ausweisung von über 500 ha Siedlungsflächen in der Grünzone, die Mobilisierung der in den kommunalen Bauperimetern ausgewiesenen Siedlungsflächen, von Baulücken und die Sanierung von Altbauten haben. Hier steht derzeit genügend Potential auch für die Schaffung sozial erschwinglichen Wohnraumes zur Verfügung. Zu seiner Mobilisierung sind finanzielle Anreize (z.B. Besteuerung von ausgewiesenen, jedoch nicht genutzten Siedlungsflächen) notwendig.
- Um die stetig zunehmende Probleme im Transportbereich zu lösen ist ein regelrechter Quantensprung unerlässlich: dies bedeutet: klare Prioritäten in der mittelfristigen Finanzplanung für den öffentlichen Transport, eine prioritäre Ausweisung bzw. Anbindung von Wohnzonen und Aktivitätszonen an den (schienegebundenen) öffentlichen Transport sowie u.a. die Verabschiedung des Gesetzes zum Bau der modernen Stadtbahn vor dem Legislativwahlen 2014, den Bau der Peripherbahnhöfe und der Verbesserung der Eisenbahnstrecke Bettemburg-Luxemburg und vor allem auch ein regelrechter Paradigmenwechsel in der Mobilitätsplanung in der Großregion (gemeinsame Planung, Tarifgestaltung usw.).
- Die Klima- und Energiepolitik muss eine Priorität erhalten indem z.B. eine effiziente Klimastrategie vorgelegt; ein hochwertiger Klimapakt zwischen Staat und Gemeinden erstellt; eine weitreichendere Effizienzstrategie entwickelt und umgesetzt wird; das Energiesparen mittels konkreter staatlicher Programme und Informationskampagnen eine Priorität erhält; der

Ausbau der erneuerbaren Energien auch in Luxemburg endlich konsequenter angegangen wird. Gefordert ist auch eine weitaus konsequentere Anti-Atompolitik, u.a. auch die Schließung der Atomanlage Cattenom sowie anderer veralteter Anlagen in den Nachbarländern. Der derzeit geplante Anschluss an Cattenom stellt die Glaubwürdigkeit der Luxemburger Regierung in Sachen Anti-Atompolitik in Frage.

Unser Land braucht vor dem nächsten Wahltermin eine reelle Zukunftsdebatte, dies nicht nach dem klassischen Modell der heutigen Gremien – Tripartite, Wirtschafts- und Sozialrat – sondern in einem transparenten und offenen Prozess, in den alle interessierten gesellschaftlichen Akteure und BürgerInnen eingebunden werden.

Die Zivilgesellschaft kann mit ihrem Engagement eine strukturierte Debatte, die von Regierung und Parlament in die Wege geleitet wird, nicht ersetzen, muss aber bereit sein, sich wie alle anderen Akteure - ohne vorgefertigte Meinung - in den Prozess einzubringen.